



## **Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss**

—  
Postulat Dietrich Laurent / Roth Pasquier Marie-France  
**Kantonale Politik für Smart Cities**

2017-GC-167

### **I. Zusammenfassung des Postulats**

Mit dem am 14. November 2017 eingereichten und begründeten Postulat fordern Grossrat Laurent Dietrich und Grossrätin Marie-France Roth Pasquier, dass das Thema und die Relevanz von Smart Cities und ganz allgemein die smarte Verwaltung von Netzwerken im gesamten Kanton untersucht wird. Vom Staatsrat wird zudem erwartet, dass er in Zusammenarbeit mit den Gemeinden oder zumindest mit den Städten des Kantons einen Zeitplan für die Umsetzung ausarbeitet und vorschlägt.

Das Postulat geht davon aus, dass das Thema «Smart Cities» in naher Zukunft die Bezirkshauptorte, wenn nicht alle Gemeinden beschäftigen wird. So gibt es im Kanton Freiburg jetzt schon einige Aktionen in diesem Bereich, doch möchten die Postulanten, dass der Staat die zu verfolgende Politik festlegt und gegebenenfalls auch auf Westschweizer und nationaler Ebene eine starke Position einnimmt.

### **II. Antwort des Staatsrats**

Der Staatsrat schlägt in Anwendung von Artikel 64 des Grossratsgesetzes vor, dem Postulat direkt Folge zu geben. Mit anderen Worten, der Staatsrat ersucht den Grossen Rat, das Postulat anzunehmen und den beiliegenden Bericht mit folgender Schlussfolgerung zur Kenntnis zu nehmen: Die im Bericht dargelegten Beispiele belegen, dass der Staat die Problematik und die Herausforderungen der «Smart City» berücksichtigt, auch wenn es keine formelle kantonale Politik in diesem Bereich gibt. Sein Engagement spiegelt sich in seiner Unterstützung in den Bereichen Energie, Innovation und Forschung wider, aber auch in den Anstrengungen, die der Kanton in seiner Politik der nachhaltigen Entwicklung und in der Modernisierung der Dienstleistungen ihrer Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger unternommen hat, wie im Regierungsprogramm 2022 – 2026 vorgesehen. Klar ist aber auch, dass der Erfolg der smarten Produkte und Dienstleistungen, sowohl in ihrer Gestaltung als auch in ihrer Umsetzung, vor allem vom Willen und den Bedürfnissen der Gemeinden abhängt. Der Kanton ist bestrebt, unter Einhaltung der Gemeindeautonomie die Tätigkeit der Gemeinden in diesem Bereich zu erleichtern.

9. Mai 2023

Anhang

—

[Bericht 2021-DAEC-9 zum Postulat 2017-GC-167 Laurent Dietrich / Marie-France Roth Pasquier – Kantonale Politik für Smart Cities](#)